

Die Sanierung der Krankenkasse der Ruhrknappschaft.

Herabdrückung der Krankenziffern. — Beeinflussung der Ärzte.

Die Krankenkasse der Ruhrknappschaft hatte in den letzten Jahren eine bedeutende Entwicklung genommen, die den Bestand der Kasse ernstlich in Frage stellte. Die Hauptursache war wohl die außerordentliche

Anleitung der Krankenziffer

unter den Bergarbeitern. Während in den letzten Jahren vor dem Kriege das Prozentverhältnis der Krankenziffern zur versicherten Belegschaft im Durchschnitt 4,3 Prozent war, stieg sie nach dem Kriege und der Inflation auf 5,6 Prozent im Jahre 1924 auf 8,5 Prozent im Jahre 1925 und im Jahre 1926 auf 10,5 Prozent. Während also vor dem Kriege jeder 25. Bergarbeiter krank feierte, war im Jahre 1926 annähernd jeder 10. Versicherte ein Kranker. Die Steigerung der Krankenziffern bis zum Jahre 1926 erreichte mithin 86 Prozent. In der gleichen Zeit war bei den Dr. Stranckassen die Krankenziffer um nur 29 Prozent gestiegen, bei den Betriebskrankenkassen aber auch um 66 Prozent. Bedenklich war der Zustand, daß die Steigerung der Krankenziffern im Jahre 1927 weiter anhielt, hatte sie doch im Februar schon 10 Prozent erreicht, so daß schon jeder 10. Versicherte mit einem Krankenschein feierte.

Dieser Zustand mußte beunruhigend wirken.

Nun muß man zur Erklärung des Zustandes nicht außer Acht lassen, daß die Unfallgefahr im Bergbau im Laufe der Zeit auch wohl infolge der veränderten Betriebsweise nicht unerheblich gestiegen ist, daß ferner gerade im Bergbau durch die Rationalisierung der Arbeitskraft des Einzelnen sehr stark erhöht wird. Dennoch gab eine Steigerung der Krankenziffern von 10 Prozent der Knappschaftsverwaltung zu denken und nötigte sie zwingend zu besonderen Maßnahmen, umfomehr, als sich herausstellte, daß auch das

Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben aufgehoben

und der Bestand der Krankenkasse auf das ernstlichste gefährdet war. Ueber die dann einsetzende Sanierung der Kasse machte Direktor Rau in der letzten Gesamtsitzung der Ruhrknappschaft folgende bemerkenswerte Mitteilungen:

Bon vornherein war klar, daß eine Sanierung der Krankenkasse auf dem Wege der Erhöhung der Beiträge oder auf dem Wege einer Kürzung der Leistungen nur im äußersten Notfalle in Frage kommen konnte, weil das eine wie das andere die Versicherten zu schwer getroffen hätte. Es blieb somit nur der Weg der

Senkung der Krankenziffern.

Verbesserung der Hauszinssteuer zugunsten Kinderreicher.

Der wichtige Paragraph 9.

In der preussischen Gesetzgebung Nr. 7 vom 30. März macht das preussische Staatsministerium bekannt, daß die Geltungsdauer der Hauszinssteuerverordnung bis zum 31. März 1930 verlängert worden ist. Es ist nur eine Verlängerung vorgenommen worden. Wir geben die wichtige Bestimmung des § 9, der vom Erlass und der Stundung der Hauszinssteuer handelt, nachfolgend wieder. Der § 9 lautet:

Der Finanzminister hat die Steuer, deren Einziehung nach Lage der Sache unbillig wäre, ganz oder teilweise zu erlassen oder zu erstatten, sofern die

Gründe für den Erlass oder die Erstattung in dem Steuergegenstand selbst liegen, sowie die Steuer zu stunden und niederkzuschlagen, insoweit ihre Einziehung eine unbillige Härte bedeutet.

Insbesondere ist die Steuer zu stunden und niederkzuschlagen:

1. bei Mietwohnungen oder Teilen von Mietwohnungen

a) soweit deren Nutzungsberechtigte und die ihren Haushalt teilenden Familienangehörigen zusammen nachweisbar einen Arbeitslohn oder ein sonstiges Einkommen von nicht mehr als 1200 RM. beziehen. Sind neben dem Nutzungsberechtigten und seiner Ehefrau andere

Der Sohn des Kunstreiters.

Roman von A. Tuthen.

(19. Fortsetzung)

Der Herr bedeutete dem Ober, daß er mit dem Nachzug noch weiterzureisen habe und daher bald wieder zurück heim werde, wofür seinen Helm anlegte, bestieg den Wagen und ließ sich nach dem Ministerium des Innern fahren. Dort ließ er den Mantel im Wagen zurück, befahl dem Chauffeur, auf ihn zu warten, und stieg die festlich beleuchtete Treppe empor. Der Lakai, der oben die Gäste empfing, sah in seinen Namen, um ihn anzumelden, doch er schüttelte den Kopf und indem er ihm einen Zehnmarschein in die Hand drückte, sagte er:

„Ich möchte nicht, daß Seine Exzellenz darauf aufmerksam wird, daß ich mich erst so spät bei ihm einfinde. Wenn Sie mit einem Weg zeigen können, auf dem ich unauffällig in den Ballsaal gelangen kann, wäre ich Ihnen dankbar. Ich möchte doch gern meine Jugend tanzen sehen!“

Und der Diener zeigte ihm die Tür zu einem kleinen Vorzimmer, durch das man unbemerkt in den Ballsaal gelangen konnte.

Als dahin also war ihm seine List gelungen. Jetzt war ausfindig zu machen, wo er seinen Sohn sehen konnte, ohne von ihm selber entdeckt zu werden.

Da — als er die Tür hinter sich schloß und etwas vortrat, fiel sein Blick auf eine Gruppe unter dem dort aufgestellten Blattschirmen: Ein junger Mann und eine junge Dame in eleganten, intimen Gespräch. Der junge Mann sah ihm den Rücken zu, aber er hatte denselben dennoch überall erkannt: es war der von ihm Geliebte. Aber die junge Dame war war das? Dieses dunkelblau gekleidete Mädchen mit der Granatblüte im Haar? Wo hatte er dieses Gesicht schon gesehen? Ja, gerade so sah sie aus, nur etwas blässer, zarter, keine Angelina, als er sie zum erstenmal erblickt hatte — im hellen Gewande und mit der roten Blume im dunklen Haar. Damals, lange sie den Gaudas und schwang das mit Schellen behängte Tambur, und gerade so erschrockene Augen richtete sie auf ihn, als der Schreck sie von ihrem erhöhten Stand herunter in den Himmel, konnte das —?

Der Angstruf, der in diesem Augenblick den Lippen dieses entzückten Gesichtes entfloß, brachte ihn zu sich. Wenn Arnold sich umwandte, ihn sah und erkannte, wie eine Szene konnte das geben! Wie ein Schatten war er, ehe er es selber recht wußte, wieder zur Tür hinaus und gewann auch ganz unbehelligt wieder die Treppe, denn der Lakai hatte augenblicklich Wichtiges zu tun.

Freienwaldes trat aus der Tür, eilte nach seinem Wagen und fuhr ins Hotel zurück.

Es blieb ihm nur noch kurze Zeit, seine Kleidung zu wechseln, seine Rechnung zu begleichen und sich und sein Handgepäck nach der Bahn bringen zu lassen. Und nun fuhr er seinem Sohne voran, der die Schwäche seines Vaters, ihn unbemerkt leben zu wollen, gar nicht wissen sollte. Aber der Gedanke, wer die junge Dame gewesen war, die ganz vertraut ihre Hand auf Arnolds Arm gelegt hatte, verließ ihn keinen Augenblick. Sollte es die Tochter Benins sein, von der Arnold ihm schon erzählt hatte, — die Beschreibung paßte auf sie — und sollte Arnold sich für sie interessieren? Sollte auch für sein Herz die Stunde geschlagen haben? Sollte diese Lucie kein Kind, sein Fleisch und Blut, das Kind seiner Angelina sein? Die Ähnlichkeit war zu frappant. — O, hätte er sie doch an sein Herz schließen dürfen! Aber das, das durfte — das konnte er nicht. Und ebensoviele durfte er je zu geben, daß Arnold sich um sie bewar, denn dann mußte ja offenbar werden, was ihm das Herz dessen abwendig machen mußte, den er als seinen Sohn leben gelernt hatte, und das — überließ er nicht! Er hatte in diesem Sohne alles gefunden, was ihm das Leben noch wert machte; ihm mußte es gehen, was ihm das Schicksal emporgeschickte, der ihn einst zu Boden gezogen hatte. Er war wieder zum Menschen, zum rechtlich denkenden und handelnden Menschen geworden.

Da hielt der Zug plötzlich an, der Schaffner rief: „Das! Nach Baden umsteigen!“ Entsetzt raffte Freienwaldes seine Sachen zusammen, um umzustiegen, als ein Herr und eine Dame, die rasch einsteigen wollten, fast mit ihm zusammenprallten. „Verzeihung!“ rief er und machte der Dame Platz, die ihn ganz entgegenstarrte anstarrte.

Auch er blickte sie an und ein Zittern überkam ihn; er hatte aber keine Zeit mehr, sich aufzuhalten, der Schaffner drängte die Reisenden ins Abteil und fort ging der Zug in rasender Eile.

Von selber nahm ein Gepäckträger seine Sachen aus der Hand, indem er lachend bemerkte:

Familienangehörige vorhanden, so erhöhen sich die 1200 RM. für jeden dieser Familienangehörigen um je 100 RM., für den vierten und jeden weiteren Familienangehörigen jedoch um je 200 RM. (Die Erhöhung von 100 RM. auf 200 RM. für den vierten und weiteren Familienangehörigen ist neu).

b) sofern Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte, Kriegerhinterbliebene, die eine öffentliche Unterstützung oder eine Zulage erhalten, oder Erwerbslose oder andere bedürftige Personen (namentlich kinderreiche Familien), welche die volle gefällige Miete nicht zahlen können, Mieter sind;

c) wenn die Einziehung der entsprechenden Mietbeträge dem Eigentümer nach Lage der Sache nicht möglich ist oder mit Schwierigkeiten verbunden ist, die dem Eigentümer nach den Umständen nicht zugemutet werden können;

2. bei Eigenwohnungen, falls der Eigentümer wegen einer vorübergehenden oder dauernden wirtschaftlichen Notlage zur Zahlung

der Steuer nicht in der Lage ist oder die Voraussetzungen unter Nr. 1a oder b gegeben sind;

3. bei gewerblich benutzten Gebäuden, deren Räume durch Betriebsbeschränkungen, ungünstigen Geschäftsgang oder infolge schlechter Saison gegenüber der Vorkriegszeit erheblich geringer ausgenutzt werden.

Die Steuer ist niederkzuschlagen, wenn Mieträume ohne Verschulden des Eigentümers leer stehen.

Die auf einen gewerblichen Raum entfallende Steuer ist, wenn der Eigentümer den gewerblichen Raum in Wohnungen umwandelt, infolgedessen niederkzuschlagen, als die Wohnungsmiete niedriger bemessen ist als die gewerbliche Miete.

Der Belastung der Eigentümer durch laufende Geldverpflichtungen aus solchen Hypotheken, die mit mehr als 25 v. H. aufgewertet worden sind (Kaufgeldforderungen usw.), ist durch Stundung und Niederlegung von Steuerbeträgen im Verhältnis zu den Verpfändungen für Zinsen gegenüber der 25prozentigen Aufwertung in vollem Umfang Rechnung zu tragen.

Der neue Volksverein.

Deutsche Katholiken!

Das deutsche Volk lebt in schweren wirtschaftlichen und geistigen Not. Einem erstaunlichen technischen Fortschritt folgen wirtschaftliche und soziale Umwälzungen, die manche emporheben, viele andere aber in Not und Elend bringen. Gesteigerter Lebenshaltung auf der einen Seite steht die Verarmung zahlreicher Volksgenossen gegenüber. Die Gärung in Wirtschaft und Gesellschaft erschüttert und zerlegt das Leben in Gemeinde und Staat. Schlimmer noch als alles das, ist die geistige und seelische Zerrüttung breiterer Volksschichten. Glaube und Sitte schwinden. Die religiösen Werte und ihre Erhaltung sind in Frage gestellt.

Diesen Not zu steuern, ist unabwendbare Pflicht der deutschen Katholiken. Ihrer Erfüllung soll dienen der neue Volksverein.

Auf dem bewährten von seinen Gründern gelegten Fundamente und der erfolgreichen Arbeit vergangener Jahrzehnte aufbauend, muß er auch die Gegenwart meistern. Heute steht er vor Aufgaben, die größer und zu lösen schwieriger sind, als die Vorkriegszeit sie dem alten Volksverein gestellt hatte:

Die einheitliche Zusammenfassung aller deutschen Katholiken.

Das katholische Lager weist eine Vielgestaltigkeit von Organisationen auf, die nebeneinander für ihre besonderen Ziele tätig sind. Der Wille zur Einheit, das Streben zum Ganzen, die Zusammenfassung aller dieser Organisationen zu einem einheitlichen Handeln der deutschen Katholiken im öffentlichen Leben haben dabei gelitten. Der Volksverein soll die nebeneinander wirkenden ohne Schädigung der Sonderaufgaben zusammenführen, um die Interessen der Allgemeinheit einheitlich und dadurch um so wirksamer wahrzunehmen.

Klärung der Geister.

Die wirtschaftlichen u. sozialen Umwälzungen schaffen geistige Spannungen. Deshalb betrachtet der Volksverein als weitere Aufgabe die Durchforschung und Klärung der unter Volk bewegenden und erregenden Lebensfragen. So muß der Volksverein den Fragen: Religion und Leben, Ehe und Familie, Erziehung und Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft, Ordnung, Liberalismus, Sozialismus, Kommunismus, kurz allen Fragen, die dem Katholiken entgegenstehen, ernsthafte Aufmerksamkeit schenken.

Staatsbürgerliche Bildungsarbeit.

An der Pflege des deutschen Volkstums und des Nationalbewußtseins, am Aufbau des neuen deutschen Staates müssen die deutschen Katholiken aus ihrem Geiste heraus mitwirken. Zur Vermeidung von Zerwürfen, zum Verständnis der Vorgänge in Staat und Wirtschaft ist in einem Volksstaate die grundlegende staatsbürgerliche, von religiöser Verantwortung getragene Bildungsarbeit des Volksvereins unentbehrlich.

Auseinandersetzung mit den Gegnern von Religion und Kirche.

Der intensive Kampf gegen Religion und Kirche geriet unter der Führung der Freidenker und Kommunisten, der Anhänger einer einseitigen und heidnischen Körperkultur, die kulturelle Einstellung vieler Kreise des Sozialismus und Liberalismus, eine vielfach aller christlichen Sittlichkeit höhnsprechende Gestaltung des Theaters, Kinos, der Kunst und Literatur zwingen den Volksverein zu einer apologetischen Arbeit von weitem Umfang und zur tatkräftigen Förderung christlicher Kulturarbeit.

Der Volksverein ist auf Grund seiner in der Vergangenheit geleisteten Arbeit, seiner Erfahrungen und Arbeitsmethode wie keine andere Organisation geeignet, diese den deutschen Katholiken gemeinsamen Aufgaben zu übernehmen. Hinzu kommt, daß die großen katholischen Verbände Träger seiner Ideen und Arbeiten durch ihre Eingliederung in den Volksverein des Volksvereins geworden sind. Geht sein auf diese Gegenwartsaufgaben eingestellten Haltung wird der Volksverein an seinem Teil im Geiste der katholischen Aktion handeln. So will er durch die vereinte Arbeit aller wieder zu alter Kraft und Wirkung in unserm Volksleben gelangen, um den deutschen Katholiken in schweren und gefährlichen Zeiten Helfer und Führer zu sein.

Darum ergeht an alle deutschen Katholiken der Ruf:

Werdet Mitglieder und Mitarbeiter im Volksverein für das katholische Deutschland!

Die Schuldenbewegung in den deutschen Städten.

Der Deutsche Städtebund veröffentlicht in seinem 1. Heft des 2. Jahrganges seiner statistischen Vierteljahrsberichte, das wiederum alles Zahlenmaterial zu allen wichtigen Fragen der Kommunalpolitik enthält. Von allgemeinem Interesse ist der Abschnitt über die gemeindliche Fürsorgelast, in dem diesmal die Belastung der Städte durch Wohlfahrtsverbände eine eingehende Behandlung erfährt.

Besondere Beachtung verdienen unter anderem die Ergebnisse der vierjährigen Erhebung über die Schuldenbewegung in den deutschen Städten mit mehr als 25.000 Einwohnern. In der Berichtszeit hat die Spannung am Kapitalmarkt im Verein mit der Verschärfung der Kreditbedingungen die Städte veranlaßt, sich in der Abwicklung ihrer Anleiheordnungen größte Zurückhaltung aufzuerlegen. Trotz des seit langem aufgelaufenen Bedarfes sind nur die nicht mehr auffrischbaren Kreditprojekte vollzogen worden, während die übrige Nachfrage weiter zurückgestellt wurde, um eine günstigere Lage am Kapitalmarkt abzuwarten. Infolge dieser Not-

geldent, bis mir ein Arzt rief, diesen Winter im südlichen Klima zu verbringen.“ erwiderte Freienwaldes. „Ob ich es tue, hängt von dir ab, Arnold!“

„Annehmen?“

Freienwaldes ergriff des Sohnes Hand und behielt sie in der seinen. „Insofern, als ich keinesfalls allein diese Reise antrete. Ich bin es überdrüssig, mein Leben so einsam zu verbringen. Seit du tuberkulös und nach Großmuttertods bin ich ganz auf Fremde angewiesen gewesen, und jetzt ich vollends keinen Beruf mehr habe, fühle ich das Alleinsein doppelt!“

„Du armer Vater!“ rief Arnold. „So hast du deinen Beruf vermisst?“

„Nein, eigentlich nicht. Aber ich hatte keinen Ersatz, nichts, was meine Zeit und Gedanken genügend in Anspruch nahm. Früher war ich auch noch jünger und wenn ich arbeitete, so wurde es mir leicht, den ich wußte, ich tat's für meinen Jungen!“

„Und daß du es ausübst, das hast du ja auch mir zuliebe getan, Vater! Du hast dich durch den Verkauf des Zirkus, den du berühmt gemacht und mit dem schon vorher Eriparien genug, wie du mir sagtest, um selber leben und mich studieren lassen zu können. Und ich habe etwas Tüchtiges gelernt und ich will es später schon zu etwas bringen, wenn das von dir erworbene Vermögen auch nur noch für die nächsten Jahre reichen sollte!“

„Darüber bin ich beruhigt“, lächelte Freienwaldes; „und daß ich dir das Opfer brachte, und meinen alten, einst hochgeachteten Namen wieder annahm, bereue ich jetzt auch nicht mehr, du wirst ihn schon zu Ehren bringen. Aber ich will mich nun nicht mehr von dir trennen, mein Sohn! Die Jahre, die mir noch beschieden sind, die möchte ich in deiner Nähe verbringen. Darum begleite mich für den Winter nach dem Süden, wohin, bereuen wir noch, und wo du dich dann niederläßt, dort wähle auch ich mir meinen Wohnort und lebe, wenn du dir mal ein junges Brautpaar holst und einen eigenen Herd gründest, was ich noch zu erben hoffe.“

„Bleibe ich wenigstens in eurer Nähe, das verpflage mir, mein Sohn.“

Und er schlang die Arme um den Hals des Jünglings, der während Freienwaldes Worte an seiner Seite zu ihm aufschau und sagte: „Ja, das verpflage ich dir, Vater, der du ja auch mein Alles bist, was ich auf dieser Welt befinde, und dessen angedeutetes Leben ja nur aus lauter Güte und Liebe für meinen Sohn (Berst, folgt.)

maßnahme waren Rückwirkungen auf die Gestaltung der kurzfristigen Kreditverhältnisse. Am 1. April 1934 lag der Kapitalmarkt für den Bereich der kurzfristigen Kreditverhältnisse im Vergleich mit dem Vorjahr auf einem hohen Stande. Die kurzfristigen Kreditverhältnisse im Vergleich mit dem Vorjahr auf einem hohen Stande. Die kurzfristigen Kreditverhältnisse im Vergleich mit dem Vorjahr auf einem hohen Stande.

dem Wohnungs- und Städtewesen zusammenhängenden Zweige (Wohnungs- und Städtewesen) sind 60,4 Proz. der gesamten inländischen Neuverleihen vorzuziehen. Bei den Auslandsanleihen konzentrierte sich die Investitionsbank allein auf die Versorgungsbetriebe (98,6 Proz.). Infolge der ungünstigen Lage des Kapitalmarktes, die die Gemeinden zu einer Zurückhaltung bei den langfristigen Anleiheverleihen zwang, mußte mit dem erneuten Anleihen der kurzfristigen Kredite gerechnet werden. Andererseits konnte eine Konsolidierung langfristiger Schulden durch langfristige Anleihen nur in geringem Umfang Platz greifen (30,1 Mill. Mark).

gewesenen techn. Büros erhielt er als bleibendes Ansehen eine Bildaufnahme des gesamten Personals dieser Abteilung. Mit von Herzen kommenden Worten dankte Herr auf dem Kampfe für die erhaltenen Geschenke und das gleichzeitige, stets im Sinne der S. B. U. G. so wie er es auch getan habe, bis auch sie sich zur Ruhe setzen dürfen, zu arbeiten. Herr Maschinenfabrikarbeiter W. J. erwiderte dem Schenkenden ebenfalls noch recht herzliche Worte, die mit einem dreifachen Hoch bekräftigt wurden. Die weitere Ausgestaltung des Abends bildeten die Musik, Gelang- und humoristische Vorträge sowie die gemeinschaftlich gesungenen Lieder. Hervorragenden Anteil an der Ausgestaltung des Abends hatte das Gelangs-Quartett, bestehend aus den Herren Balthasar, Buchmann, Reich und Schömer, alles Mitglieder des Beamten-Gesangsvereins von der Heide-Strasse. — Alles in allem hat die Feier gezeigt, daß bei den Harpener Angestellten und Beamten ein ausgezeichnetes und harmonisches Verhältnis besteht.

Unter Wetterbericht.
Das südwestliche Hochdruckgebiet hat an Höhe und Ausdehnung abgenommen, während das Tiefdruckgebiet im Osten abgezogen ist und über Großbritannien und der Nordsee neue Tiefdruckausläufer vorgebracht sind. Gestern früh war es in Deutschland wolfig oder trübe, im Osten stellenweise mit Schneefällen. Die Morgenstemperaturen lagen im Osten in der Nähe des Nullpunktes, sonst 3-7 Grad über dem Nullpunkt.
Wetterausichten bis Mittwoch: Wolfig, aber zunächst noch keine erheblichen Regenfälle und mild.

Aus und für Herne

Sei freundlich!
Wie einfach und selbstverständlich klingen diese zwei Worte: „Sei freundlich!“ Und wie wenig wird im Leben nach ihnen gehandelt?

Der Mensch von heute tut höchstens seine Pflicht; was darüber hinausgeht, ist ihm schon zu viel. Das ist der Erfolg des heutigen hastenden und ermüdenden Lebens, das den armen Menschen arg zusetzt und den Menschen mürrisch und unfreundlich gegen seine Mitmenschen macht. Bedachte er, wie unangenehm er selbst eine unfreundliche Behandlung empfindet, so würde er sich logischerweise sagen, daß es den anderen auch nicht anders gehen kann.

Sei freundlich! Man sollte diese Mahnung über die Türe eines jeden Kontors, Arbeitszimmers, ja auch der Schwelle jedes Hauses schreiben. Besonders dort, wo Unmündige und Ungläubliche haften, sollte es groß und deutlich an der Wand stehen, damit es seinen Augenblick vergehen werde. Denn gerade die Unmündigen, die Armen und Kranken, die in die Gewalt von anderen gegeben sind, verdienen die Freundlichkeit bitter. Man tut seine Pflicht an ihnen, — damit genug.

Sei freundlich! Es kostet dich ja nichts. Es raubt dir auch keine kostbare Zeit. Aber es kann dir von großem Nutzen sein. Das Leben — erst genug ist es — lebt sich leichter im Sonnenschein, als unter den dunklen Wolken. Jedes freundliche Wort, jeder gültige Blick oder Scherz einen Sonnenstrahl für deine Umgebung. Du freust dich, wenn über dir die Sonne lacht. Hast du auch Sonne in deinem und anderer Herzen mit der Freundlichkeit. Sie wird dir über manche dunkle Stunde hinweghelfen.

Deutscher Ostbund.

Die am Sonntag im Vereinslokal abgehaltene Monatsversammlung war sehr stark besucht. Nach Anerkennung des Protokolls der Märzversammlung berichtete der 1. Vorsitzende über die Bundestagung und die Feier des 10-jährigen Bestehens des Deutschen Ostbundes am 9. und 10. März d. J. in Berlin. Der 1. Vorsitzende wie auch die Abordnung mit der Fahne haben als Vertreter der hiesigen Ortsgruppe an den Beratungen teilgenommen. Am 9. März fand die Bundesvorstandssitzung und anschließend daran die Bundesversammlung statt, zu welcher Delegierte aller Bundesverbände, eine Anzahl Reichstagsabgeordnete und verschiedene Behörden erschienen waren. Aus den Verhandlungen und Vorträgen ist zu entnehmen, daß das sogenannte Schlüsselschicksal der Ostgebiete eine wichtige Rolle spielt und eine solche auch nicht bietet. Es steht aber zu erwarten, daß die Zahlungen des Reiches für die Verdrängungsschäden auf die Reparationsleistungen übernommen und die Reparationsleistungen in Anrechnung gebracht werden. Dadurch würde die Abgeltung der ersten Verdrängungsschäden endlich eine vollständige werden. Dem Vorschlag nach besteht die Hoffnung, daß die Verhandlungen in Genf und Paris zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden. — Die Feierlichkeiten anläßlich des 10-jährigen Bestehens des Deutschen Ostbundes in Berlin wurden im früheren Herrenhaus in der Leipziger Straße abgehalten. Gegen 100 Fahnen und Banner der Ortsgruppen und Bundesverbände aus allen Teilen Deutschlands umhüllten die Tribüne, auf welcher das Bundespräsidium, Regierungssprecher, Abgeordnete und Abordnungen anderer Verbände Platz genommen hatten. Es war eine erhebende Feier, daß die Erinnerung an schwere Stunden, die es hieß, den Strom der Verdrängten und Flüchtlinge zu sammeln und ihnen Beistand und Hilfe zu leisten. Ein Deutscher Ostbund wäre nie und nimmer notwendig geworden, wenn die Grenzverdrängung im Osten eine vernünftige gewesen wäre. Der Haß der Völkern gegen alle Deutsche aber trieb die einstigen Kulturbringer an Wut und Weisheit in die Flucht. Heim, Herd und angestammter Boden mußten zurückgelassen werden und schier endlos zogen die Reihen der Verdrängten in ihr großes Vaterland Deutschland hinein, um hier Unterkunft und Erwerbsmöglichkeit zu suchen. Bettelarm ist mancher dieser bedauernswerten Menschen in der neuen Heimat gelandet und es ist vielen bitter schwer geworden, den gestörten Haushalt und die verlorenen Existenz wieder aufzurichten. Die unerschöpfliche Preisgabe von Hab und Gut, Grund und Boden hat reichlich Elend und Armut geschaffen und obwohl das Reich auf Grund des Friedensvertrages verpflichtet war, Schadenersatz zu leisten, konnte dieses vorerst bei dem schlechten Wirtschaftszustand auch nur in geringem Maße geschehen. Da war es der Deutsche Ostbund, der helfend und fördernd einwirkte und die berechtigten Forderungen der Verdrängten und Heimatlos gewordenen mit Nachdruck vertrat. Dem unermüdbaren Bemühen der Bundesleitung ist es zu danken, wenn das Entschädigungsgesetz nach und nach eine günstigere Gestalt angenommen hat. Groß ist allmählich das Heer des Ostbundes geworden und es wird nach geraumer Zeit dahin gehen, daß alle vertriebenen Ostdeutschen materiell vollständig entschädigt sind. Aber nicht der materielle Schaden ist es, den die Mitglieder des Ostbundes beklagen, der schwerste Verlust ist und das die verlorenen Heimat. Daher hat auch die Förderung als erste und oberste Forderung die Wiedergewinnung der alten Heimat auf die Fahne geschrieben. Nicht Kampf und Sieg allein uns das Ziel erreichen helfen, sondern friedliche Werbung. Besonders betont wurde in der Festsitzung der wirtschaftliche Verlust, den ganz Deutschland durch die Abwanderung der Ostgebiete erleidet. Es muß daher mit Freunden begrüßt werden, daß diese Gedanken durchdrungen sind und nimmermehr der Ostbund in seiner Forderung auf Wiederherstellung der alten Grenzen nicht mehr vereinzelt dasteht und im Westen eine vorwärtige Unternehmung findet. Die Wirtschaftlichen Interessen Deutschlands liegen für die Zukunft mehr im Osten als im Westen, nur nach Osten hin ist eine Entwicklung der wirtschaftlichen Belange möglich.

Die Herne Section der V. r. A. D. gegründet

Dank der Initiative der Bochumer Section und der Gausleitung von Rheinland-Westfalen des Verbandes reisender Kaufleute Deutschlands konnte die hiesige Section mit einer Anfangsmittelzahl von 27 ins Leben gerufen werden. Für unsere Stadt ist die Größe dieser Section schon beträchtlich zu nennen. Der Gründungs Vorstand setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Herr J. H. J. (1. Vorsitzender), Herr G. C. (2. Vorsitzender), Herr E. C. (3. Vorsitzender), Herr F. C. (4. Vorsitzender), Herr G. C. (5. Vorsitzender), Herr H. C. (6. Vorsitzender), Herr I. C. (7. Vorsitzender), Herr J. C. (8. Vorsitzender), Herr K. C. (9. Vorsitzender), Herr L. C. (10. Vorsitzender). Zum Sectionslokal wurde das Hotel Schenckhof einstimmig gewählt. Die Gründung fand auch im genannten Hotel am Sonnabend statt. Erschienen waren Vertreter der Bochumer, Bielefelder, Bielefelder, Bochumer und Münsterischen Sectionen. Geleitet wurde der Abend von dem Vorsitzenden der Bochumer Section, Herrn B. H. C. Ein überzeugender Referent war der rheinisch-westfälische Gauleiter, Herr D. A. H. C. Der Herne Vorsitzende wird als Gauleiter ein, die dem neuen Tausch des Verbandes des 30.000 Mitglieder zählenden Verbandes V. r. A. D. die jüngste Section zu präsentieren haben.

Die Freude, die Herne Gründung vollbracht zu haben, war für die Teilnehmer sehr groß. Trost gab der Verband gegenüber anderen Organisationen nicht groß ist, repräsentiert er die Einte der Kaufmannschaft und damit einen Nachbarn, den die Behörden werden respektieren müssen. Anschließend an die vielen Trinksprüche vom Sonnabend, flossen auch wir uns als Gauleiter an, die dem neuen Tausch des Verbandes in unserer Stadt die beste Entwicklung wünschen.

Benutzen Sie DIN-Format.

Für den Schriftverkehr mit Behörden werden immer noch Papiere in der Bogengröße 330/420 mm, 265/420 mm, 210/330 mm, 210/265 mm usw. verwendet. Die Reichs- und Staatsbehörden sind jedoch für Briefbogen einheitlich zum sogenannten DIN-Format (ganze Bogen DIN A 3 = 297/420 mm, halbe Bogen DIN A 4 = 210/297 mm, Viertelbogen DIN A 5 = 148/210 mm) übergegangen, das auch in Wirtschaftsbetrieben mehr und mehr benutzt wird. Da die Wirtschaftsbetriebe der Formate den technischen Geschäftsbetrieb bei den Behörden ungünstig beeinflusst, wird im eigenen Interesse der Einzelnen empfohlen, für Schreiben aller Art an Behörden nur noch die DIN-Formate A 3, A 4 und A 5 zu verwenden. Weiter ist es im Hinblick auf die Verwendung mechanischer Selbstschreiber erwünscht, daß allgemein auf Schriftstücken ein genügend breiter Heftrand (links auf jeder Vorderseite und rechts auf jeder Rückseite) unbedruckt bleibt (je 2 cm).

Abchiedsabend für Ingenieur Heintz auf'm Kampfe.

Am feierlich und stimmungsvoll geschmückten Saal des Restaurants „Zur Mühle“, Nonnen-Heide-Strasse, hatten sich am Sonnabendabend die gesamten Kauf- und techn. Beamten und Angestellten der Hauptverwaltung der Harpener Bergbau-A.G. versammelt. Jeder Gruppe Herne, zu einer Abschiedsfeier zu Ehren des aus dem Harp. Diensten ausgeschiedenen Ingenieurs a. u. m. Kampfe eingeladen. Durch einen Festmarsch, geleitet von einem aus Harpener Angestellte zusammengefügten Orchesters, wurde der Abend eingeleitet. Namens der Anwesenden widmete Johann Herr Ingenieur Heintz auf'm Kampfe in seiner Eigenschaft als Vorgesetzter wie auch als Kollege beim Mitarbeiter herzliche Abschiedsworte und überreichte ihm anschließend das von den Beamten und Angestellten gestiftete Andenken, eine Urkunde, die einen neben dem Andenken in ruhender Stellung stehenden Schmied darstellt. Seitens des ihm bisher unterstellt

Gegen das Betrügen und Beschmelzen

von Wänden, Gartenzäunen, Türen, Schaufenspielen und Schaufenspielen sollte jetzt energig vorgegangen werden. Sobald nämlich die Frühlingssonne die Kinder wieder auf die Straße lockt und der Kreis der Fußgänger lustig tobt, gibt es unzählige kleine Hände, die nichts besseres zu tun wissen, als mit Kreide, Kohle und Bleistift allerhand Flächen zu beschmelzen und womöglich mit dem Taschmesser an den verabschiedeten Gegenständen herumzuschneiden. Das durch Häuser und Straßen nicht schöner, häufig aber geradezu verhängnisvoll werden, ist gewiß. Zunächst ist es Sache der Eltern, den Kindern das Schmelzen um strengstens zu untersagen, auch die Lehrerschaft sollte es der Jugend beibringen, daß das Beschmelzen von Wänden, Treppentritten, Schaufenspielen usw. nicht nur Verwüstung kleiner Schmelzer, sondern auch die Eltern für die Schmelzer der Kinder verantwortlich machen und zur Bekämpfung genannter Verhältnisse veranlassen bzw. Schäden durch Anderhand auf Kosten der Eltern beseitigen lassen.

Freiwillig aus dem Leben

Schied gestern nach ein Weggenosse auf der Mont-Cenis-Strasse. Entgegen anders lautenden Gerüchten waren geschäftliche Sorgen der Schritt zu dieser unglücklichen Tat. Der erst 46-jährige war seit dem Sonntag morgen verstorben. Als man ihn fand, lag er in der Nacht zum Montag in der Raucherstube vor, dort hatte der Lebensmüde sich verriegelt und die Gashähne geöffnet. Die Rettungswoche und ein Arzt konnten nur den Tod feststellen.

Verfolgt und angefaßt

Wurde in den letzten Abendstunden des Samstags ein Polizeibeamter in Jülich, nachdem er mit einem Bekannten eine Wirtschaft verlassen hatte, unweit der Brunnenstrasse, von mehreren betrunkenen Burschen, die ihn erkannt hatten und sich an ihm rächen wollten, angefaßt und verfolgt. Mit erheblichen Verletzungen am Kopf konnten die Konstanten entkommen, bevor Hilfe erschien.

Motorradfahrer prallt mit einem Auto zusammen.

In den frühen Abendstunden des Sonntags kam es auf der Bismarckstrasse zu einem bedauerlichen Unglücksfall. Ein Motorradfahrer von auswärts fuhr mit einem hiesigen Auto zusammen. Der Motorradfahrer geriet zwischen den Rädern des Autos und seine umgeschlagene Maschine und wurde noch einige Meter mitgeschleift. Neben erheblichen Kopfverletzungen trug er einen Armbruch davon. Der Kraftwagenführer nahm sich des Verletzten an und sorgte für ärztliche Hilfe. Das Motorrad wurde erheblich beschädigt.

Eine frohe Stunde bei Hermann Böns.

Der Bezirksverein Herne des Allgemeinen Deutschen Jagdsportvereins veranstaltete am Donnerstag, dem 11. April, um 20 Uhr im Hotel Schenckhof durch den bekannten Jagdsportler und Regisseur Herrn Wilhelm Hochgreve aus Goslar einen Vortragsabend mit dem Thema: „Eine frohe Stunde bei Böns“, mit anschließendem geselligen Beisammensein. Da der Name des Vortragsabends die Gewähr gibt für eine frohe Stunde köstlichen Humors, wird vollständiges Erscheinen der Mitglieder mit ihren Damen erwartet. Die Einführung von Gästen ist erwünscht.

Jungfrauen-Kongregation St. Marien.

Der Gefangenen der Jungfrauen-Kongregation von Barmen unter Leitung des Musikdirektors Herrn R. F. C. führt am Sonntag, dem 28. April, im Bismarck-Saal das Märchenfestspiel „Fischkönig“ auf. Die Veranstaltungen der Kongregation wurden immer gern besucht, da sie stets auf einer anerkennenswerten Höhe standen. Mit dem „Fischkönig“ bietet uns der Gefangenen der Bau-

Unter Wetterbericht.

Das südwestliche Hochdruckgebiet hat an Höhe und Ausdehnung abgenommen, während das Tiefdruckgebiet im Osten abgezogen ist und über Großbritannien und der Nordsee neue Tiefdruckausläufer vorgebracht sind. Gestern früh war es in Deutschland wolfig oder trübe, im Osten stellenweise mit Schneefällen. Die Morgenstemperaturen lagen im Osten in der Nähe des Nullpunktes, sonst 3-7 Grad über dem Nullpunkt.

Wetterausichten bis Mittwoch.

Wolfig, aber zunächst noch keine erheblichen Regenfälle und mild.

Frauengruppe des Vereins heimattreuer Ost- und Westpreußen, Herne.

Im Rahmen ihrer Werberveranstaltungen gibt die Frauengruppe am kommenden Dienstag, dem 16. d. M., nachmittags 4 Uhr, im großen Saal des Vereinslokals Stridmann ein Kaffeetrinken. Für guten Kaffee und Kuchen ist Sorge getragen. Ein reichhaltiges Programm, bestehend aus einer Theateraufführung, Reigen, Gelangs- und Deklamationsdarbietungen, wird zur Unterhaltung und Befriedigung der Veranstaltung beitragen. Den musikalischen Teil übernimmt eine gute Kapelle. Die Kaffeekarte kostet 60 Pfg. Es wird gebeten, Tassen mitzubringen. Es ergeht seitens des Vorstandes herzliche Einladung an alle Mitglieder des Vereins sowie, als auch der in der Dachorgankongregation zusammengeschlossenen Vereine. Gäste sind ebenfalls herzlich willkommen. Auf die Ende der Woche im Vereinslokal erscheinende Anzeige wird jetzt schon aufmerksam gemacht.

DRK. — Refkame-Verband.

Der Verband Deutscher Refkamefachleute, C. B., der im vorigen Jahre sein 20-jähriges Bestehen feierte, hat seinen Namen jetzt in „Deutscher Refkame-Verband C. B.“ abgeändert. Diese neue Bezeichnung entspricht seiner wirklichen Zusammenstellung; er zählt zu seinen Mitgliedern namhafte Firmen der Refkame-Industrie, die Refkameverbraucher, sowie die als Bindeglied tätigen Refkamefachleute selbst, die den Verband 1908 begründet und ihm seinen ursprünglichen Namen gegeben haben.

Stadt Wanne-Eidel.

Modernisierung Wanne-Eideler Schachanlagen.

Auf der im Herzen unserer Stadt gelegenen Schachanlage Wanne-Eidel 3 und 4 hat man bereits mit den Vorbereitungen begonnen, die die Anlage befestigen und mit allen Einzelheiten neuzeitiger Technik fertigstellen sollen. Ueber dem Rangierbahnhof hinter der Schachanlage wird eine große Anlage aufgeführt, die allerdings vielen Arbeitern das Brot nehmen wird, doch hofft man, diese Arbeiter im Untergrundbetriebe unterbringen zu können. Es soll nämlich die umständliche Art des Ausfahrens der Schachwagen in die Förderwege durch Stein- und Holzschienen, der nachfolgende Transport dadurch vereinfacht werden, daß man durch die Neuanlage den ganzen Wagon heraufziehen wird. Dieser entlastet sich dann in einen großen Trichter, der die Steine sofort in die Förderwege entläßt. Die Schachanlage 3 und 4 gehört zu den Schächten, die viel Bergwerkschutt verbrauchen. — Neue Betriebsanlagen gehen auch auf dem Schachte C. u. a. der Schachte Königsgrube ihrer Vollendung entgegen. Das Schachtgerüst ist um 7,50 Meter aufgeführt worden. Weiter hat die Schachte Neuanlagen errichtet lassen, die den Betrieb rationalisieren und etwa 50-100 Arbeiter des Untergrundbetriebs überflüssig machen werden, doch dürfte der in Zukunft sich schneller abwickelnde Untergrundbetrieb dann sich für diese Menschenzahl als aufnahmefähig erweisen. Der Termin der Fertigstellung ist auf Ende Mai festgelegt.

Kanalisations-Großbetrieb in Wanne-Eidel.

Die Enttarnung des Bodens hat der Vergrößerung der Kanalstation Kanalstation der Hofstraßer Straße ein Ende gemacht. Eine Armee von Rohren zieht sich von der Dorfstrasse bis fast zur Herne Grenze hin. Auch die Arbeiten zur Herstellung des Sportplatzes an der Hofstraßer Straße sind im Gange. Die Kanalstation wird hier ebenfalls in die Wege geleitet. Für die Hofstraßer Straße und eine Anzahl anderer Straßen wird die Westdeutsche Wegebaugesellschaft die Oberflächenbegründung ausführen. Auf der Hindenburgstrasse soll im Bereich der Gasanstalt auf der südlichen Straßenseite ein Bürgersteig angelegt werden, um hier eintragsfähige Verkehrsverhältnisse zu schaffen. Die hiesige Stadtverwaltung beabsichtigt für die Deckung der gesamten Herstellungskosten die Deckung der gesamten Herstellungskosten der Kanalstationen zu übernehmen. Diese soll 15 Prozent des Nutzungswertes des angeschlossenen Grundstücks betragen und nach Ausführung des Anschlusses fällig sein. Hier handelt es sich um einen Nachtrag zum Vertrag, welches die Erhebung einer Gebühr bei Benutzung der öffentlichen Entwässerungsanlagen betrifft. Die Vorlage wird demnächst den zuständigen Körperschaften der Stadt zugehen. Bei den ohnehin schlechten Verhältnissen, die nach Steuerabgaben bestehen, scheint diese neue Abgabe wohl wenig Gegenstände zu finden.

Ueberblicken.

Auf den Wanne- und Wanne-Eideler Schächten die zum Konzern der V. S. U. G. gehören, läßt man die Belegschaft dank der günstigen Konjunktur Ueberblicken verfahren. Es konnten solche bereits am Sonnabend und Sonntag gemacht werden. Die Belegschaft beteiligt sich in erheblichem Maße daran.

Ein betrunkenen Kutscher gehört nicht auf den Bod.

Bei einer Wirtshaus auf der Burgstrasse wollte ein stark angegurter Mann sein Fuhrwerk besteigen. Er war noch nicht oben, als das Pferd anjog und durchging. Der Fuhrmann, an des Gefährtes Seite hängend, wurde bis zum Rückenmarken Höhe mitgeschleift und geriet dort mit der rechten Hand unter die Räder. Ein herbeigelaufener Junge band den Verunglückten mit einer Krawatte den Unterarm ab, damit seine Verletzung eintreite. Mitleidige Passanten brachten den wildgewordenen Gaul an der Körnerstrasse zum Stehen.

Ein Rüstfahrer ist billiger als die Strafe.

Das wollen aber eine Anzahl von Radfahrern, die in den letzten Tagen in der Morgenfrüh zur Arbeit fuhren, nicht glauben. Manche entschuldigten sich gegenüber dem Schupo, der sie anhielt, damit, sie läßen keine Zeit und wußten somit nichts von der neuen Verordnung vom 1. April, die wahrscheinlich ein Aprilscherz der Behörde gewesen sei. Die betreffenden Radfahrer werden eingekerkert haben, daß Folgsamkeit und Zuchtlosigkeit nicht schaden.

Erfolge der christlichen Bergarbeiter bei den Betriebsratswahlen.

In allen deutschen Bergbetrieben sind die Betriebsratswahlen noch nicht zum Abschluß gekommen. Zum Beispiel wird im Siegerländer Erzbergbau erst am 11. April gewählt. Trotzdem liegen bereits aus den größeren deutschen Bergbetrieben Ergebnisse der Betriebsratswahlen vor. Im Ruhrgebiet ist mit Ausnahme von 11 Schachtanlagen die Neuwahl der Betriebsräte größtenteils getätigt worden. Im Wadener, im rheinischen Braunkohlen-, im oberdeutschen und niederdeutschen Bergbetriebe sind die Wahlen ebenfalls zum Abschluß gekommen. Erfreulicherweise hat sich bei der diesjährigen Wahl erneut gezeigt, daß die Beteiligung der Bergarbeiter eine äußerst rege war. Soweit sich bisher bei den Wahlergebnissen übersehen läßt, hat sich der christliche Gedanke bei den Betriebsratswahlen wieder in stärkerem Maße durchgesetzt. Wenn die Wahlbeteiligung im allgemeinen etwa 80 bis 85 Prozent betragen hat, so muß erfreulicherweise festgestellt werden, daß die christlichen Bergarbeiter fast durchweg ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben. Im Wadener Steinkohlenbergbau hat der Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter Deutschlands die größte Stimmenzahl erhalten. Die Kandidaten des Gewerkschafts erhielten 5520 gegen 7600 Stimmen im Vorjahr. In Oberdeutschen, wo im allgemeinen die christlichen Bergarbeiter einen sehr schweren Stand hatten, wurden bisher annähernd 6000 Stimmen erzielt und 31 Kandidaten gewählt. In Niederdeutschen gewann der Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter trotz des starken Belegschaftsabbaus über 500 Stimmen. Besonders erfreulich ist auch das Ergebnis der Betriebsratswahl im Ruhrgebiet. Von 182 Betriebsbetrieben liegt das Ergebnis vor. In 11 Betrieben waren die Wahlen noch nicht abgeschlossen. Von den Belegschaften der 182 Betriebe wurden 258 416 gültige Stimmen abgegeben. Davon haben erhalten:

Gewerkschaft christl. Bergarbeiter	71 686 (70 294)
Bergarbeiterverband	144 174 (174 491)
Pölnische Berufsvereinig.	433 (434)
Gewerkschaft S. D.	3 816 (3 544)
Kommunisten, Syndik., Unorganisi.	30 052 (3 073)
Gesamt	8 255 (6 737)

Die in Klammern gesetzten Zahlen geben das Wahlergebnis von den 182 Betrieben aus dem Jahre 1928 an. Danach hat der Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter 1892 Stimmen gewonnen. Der Bergarbeiterverband hat 30 317 Stimmen verloren, die restlos auf die Liste der Kommunisten, Syndikalistischen und Unorganisierten entfallen sind.

Mit dem Ergebnis der Betriebsratswahl kann der Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter zugebilligt sein. Die Wahlergebnisse haben den Beweis erbracht, daß die christlichen Bergarbeiter sich weiter durchsetzen und das Vertrauen der Bergarbeiter im Wadener Bergbau findet auch ein Gradmesser für den Einfluß und die Stärke der jeweiligen Organisationen. Wenn also Ergebnisse reiflos vorliegen, wird der Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter wahrscheinlich die Stimmenzahl des Vorjahres, trotz eines Belegschaftsabbaus von 35 000 Bergarbeitern, in Höhe von 78 000 Stimmen erhalten. Ein Erfolg, auf den die christlichen Bergarbeiter stolz sein können.

Panflavin
PASTILLEN
WIRKSAM UND SICHHER

Zum Schutz gegen
Grippe
Erkältungskran-
kheiten, Mandel- u.
Halssentzündungen

Der Etat 1929 endlich unter Dach gebracht.

Das Zentrum bewahrt den Mittelstand vor noch größeren Opfern. — Seinen Mut zur Verantwortung ruht die Rechte zu Wahlmanövern aus. — Die neuen Steuersätze sind 300 (bisher 225), 700 (600) und 3550 (2550) Prozent. — Aufnahme einer Anleihe.

Die Vernunft hat gesiegt.

Der Herner Etat ist nun doch unter Dach und Fach gekommen. Man hätte das alles in der vorigen Sitzung haben können, was gestern geschah. Die Sitzung am Mittwoch voriger Woche nahm den betrüblichen Verlauf, weil sich Zentrum und Sozialdemokratie nicht hatten über die Steuerfrage einigen können. Die Sozialdemokratie hatte bereits bei der Generaldebatte erklärt, daß sie dem Deduktionsvorschlag der Verwaltung (300, 700 und 3500 %) zustimme. Das Zentrum wollte nur 3500 % Lohnsummensteuer bewilligen. Die Sozialdemokratie gab bis auf 3600 % nach, im Zentrum war man geteilter Meinung, ob man der Sozialdemokratie auf 3600 % entgegenkommen oder durch starrs Festhalten an 3500 % die Ablehnung des Etats herbeiführen sollte. Man hatte zudem keine Reizung, für die Rechte, die durch sozialpolitisch und verwaltungsmäßig unumgängliche Abstriche ihre Opposition gegen den Etat fundieren ließen, wieder die Rechten aus dem Feuer zu holen. Der Gegenstand von 3500 und 3600 % und das, was damit zusammenhängt, hat in der vorigen Sitzung den Etat verzögert.

Gestern hing nun alles davon ab, ob Zentrum und Sozialdemokratie zu einer Einigung über die Deduktion kamen. Es hat lange Verhandlungen gegeben. Erst am Montag morgen ist die Einigung auf 3550 % Lohnsummensteuer gelungen, indem die Sozialdemokratie nochmals entgegenkam und das Zentrum sich für die Ermöglichung der Etatsannahme und damit für die Verantwortungsübernahme entschied.

Dem das ist der springende Punkt gestern und vorige Woche gewesen. Nicht 350—100 % Steuer mehr oder weniger, sondern der Mut, wieder die unangenehme Verantwortung zu tragen. Das Zentrum hat sich für verantwortungsbewußte Kommunalpolitik gegen Parteigegensatz, für die Vernunft gegen das Gefühl, wie wir gestern schreiben, entschieden, weil es die Folgen einer Etatsablehnung und damit eines Zwangsetats nicht verantworten konnte. Denn sie trafen gerade den am meisten aufgebracht und am meisten nach dem Staatsamt rufenden Mittelstand am schwersten. Das Wohnungs-, Straßen- und Kanalbauprogramm wäre undurchführbar geworden, der Arbeitsmarkt wäre der Mittelstand und die Arbeiterklasse gewesen, der Zwangsetat hätte bis in den Herbst auf sich warten lassen, die Lohnsummensteuer hätte nicht rückwirkend erhöht werden können, wohl aber Grundvermögens- und Gewerbesteuersteuern. Diese wären auch höher angelegt worden, als es jetzt geschah, bis dahin hätte die Verwaltung mit teuren Krediten arbeiten müssen, und all das hätte den Etat 1930 durch Steueranlässe, Vergrößerung der Arbeitslosen- und Vermögenssteuern belastet, daß das Chaos bei in nächsten Etat noch viel größer geworden wäre. Der gewerbliche Mittelstand muß es dem Zentrum aus tiefer Seele danken, daß er ihn vor noch schwereren Belastungen durch seinen Mut zur verantwortungsvollen Inappositurität gerettet hat. Gerecht hat gegen die Stadtverordneten, die sich als die alleinigen Mittelstandsvertreter aufspielten. Es war ein widerliches Spiel der Heuchelei, das diese gestern boten, als sie über den „Ausfall“ des Zentrums in gemeinlichen, persönlichen und leidenschaftlichen Worten herzog. Niemand hat feinsinniger gemerkt, daß das Zentrum wieder einmal die Situation rettete, indem es den Etat annahm, als diese „Vertreter“ des Mittelstandes selbst! Als in der vorigen Sitzung das Zentrum durch seine Enthaltung bei der Abstimmung den Etat herbeiführte, da war der Wutausbruch des Herrn Koppenberg mit begründet durch die Enttäuschung, daß das Zentrum mal einen eigenen Kopf auflegte und der Rechten nicht den Gefallen tat und ihr ermöglichte, weiter machtpolitische Opposition zu treiben. Herr Koppenberg hat ja gestern auch triumphierend die Entscheidung des Zentrums als den Erfolg seiner „Ermahnung“ hingestellt. Und die Herner Mittelstandsvereinsleitung hat das heute vor wie die B. A. Sie wollte die Abstriche über Abstriche stellen, nur um dem Mittelstand gegenüber als sein Vorkämpfer dazustehen, weil man sich nicht hätte gehofft, daß das Zentrum den Etat annahm, und damit das Unheil vermeiden würde, das man zwar mit lauten Worten als belanglos hinstellte, im tiefsten Herzen aber in banger Angst vor den Folgen fürchtete. Das Zentrum hat den Mut zur Verantwortung gehabt, die Rechte aber hat Heuchelei und Vorkämpferei geleistet! Alles, was in dieser Hinsicht dem Zentrum vorgeworfen wurde, war ein Pfeil, der auf die Rechte selbst zurückfiel. Herr Böing hat es gestern selbst durchdacht lassen, daß ihm die Spezialdebatte und die Begründung der Abänderungsanträge die Hauptrolle war. „Hätten Sie uns doch wenigstens unsere fein ausgearbeiteten Sprüche lassen!“ Sie hätten dann schnell, weil sie ja der Einigung über den Deduktionsvorschlag wegen die Etatsposten nicht ändern lassen konnten, alle Abänderungsanträge niedergelassen, und wir hätten unsere Hände gerieben. Geschadet hätte die Ablehnung des Etats durch uns dem Mittelstand nichts, wir hätten als die mutigen radikalen Vorkämpfer des gewerblichen Mittelstandes dagestanden.“ So waren rechts die Gedankenänge. Dr. Hoffmann traf das Richtige, wenn er der H. M. für ihr Verhalten das Wort zurück: Hannemann, geh du voran! Die Beurteilung solcher Handlungsweise überlassen wir der Öffentlichkeit.

Und nun zur Sitzung selbst. Das Haus war voll. Alle Stadtverordneten waren anwesend, der besetzte Magistrat war mit diesem Altersmaterial anmarschiert. Er brauchte kaum in Aktion zu treten. Der Eintritt in die Beratung beantwortet Oberbürgermeister Täger den Beschlüssen der letzten Sitzung, den Etat der Abt. 1 abzulehnen. Und nun kommt die Klärung: Sozialdemokratie, Zentrum, der Pole und die beiden Vertreter der Wirtschaft, Vereinigung (Schiffe) und der Demokrat sind dafür, die Kommunalen entgegen ihrer früheren erregenden Erklärung am Ende der vorigen Sitzung dagegen. Damit haben sich die Kommunalen als verantwortungslos und unglücklich selbst gerichtet. Es ist mit der Abstimmung klar, daß eine Majorität im Hause da ist, eine obstruktionelle Spezialdebatte also keinen Zweck mehr

hat. Daher richtet sich die ganze gemachte Entrüstung gegen das Zentrum, man wird ausfällig, aber es muß alles nichts. Nach fast zweistündiger Debatte über das böse, „ungefallene“ Zentrum und über die Deduktionsvorschläge wird die Aufhebung der Biersteuer abgelehnt und der Deduktionsvorschlag der Mitte angenommen. Er ist ein deutlich erkennbarer Ausgleich der Interessen, wenn man bedenkt, daß

der Vorschlag der H. M. 300, 650 und 3300 %, der Vorschlag der B. A. 350, 750 und 3000 %, der Vorschlag der Sozialdemokratie und des Zentrums 300, 700 und 3550 %, und der Vorschlag des Magistrats 300, 700 und 3800 %

laute. Noch stärkere Belastung der Arbeiterklasse und des gewerblichen Mittelstandes wurde vermieden. Aber auch der Industrie wurde gebietet, so weit es ging, Trost zu spenden. Der Etat ist, daß es eine Herabsetzung der Lohnsummensteuer in den nächsten Jahren für nötig hält. Mehrnahmen im neuen Etatsjahr oder Eingparungen müssen zur Deckung des Fehlbetrages im kommenden Jahr verwandt, sie dürfen nicht verprempelt werden! — Als die Rechte einfiel, daß sie nichts mehr anbringen kann, verläßt sie

Sitzungsverlauf.

Bei Eröffnung der Sitzung um 4 1/2 Uhr sind alle Stadtverordneten anwesend.

Der Magistrat ist der Antrag eingeleitet, den Beschlüssen der vergangenen Sitzung, monats Abweisung 1 des Etats abgelehnt wurde, bevor in der Weiterberatung fortgeschritten wird, aufzuheben.

Oberbürgermeister Täger begründet diesen Antrag. Wenn der Beschlüsse bestehen bliebe, habe die ganze weitere Beratung keinen Zweck mehr. Wenn die Mittel aus Abweisung 1 in der Verwaltung nicht zur Verfügung ständen, könne sie ihre Arbeit nicht verrichten. Auch habe die Abweisung 1 in so engem Verhältnis zu den anderen Abteilungen des Etats, daß eine Stellungnahme zu diesen zwecklos sei, wenn die angelegten Mittel der Verwaltung nicht zur Verfügung ständen.

Für den Antrag des Magistrats auf Aufhebung des Beschlusses der vorigen Sitzung erklären sich die Sozialdemokratie, das Zentrum, der Demokrat und die beiden Vertreter der B. A., dagegen die Rechte und ausfallenderweise die Kommunalen, die am Ende der vorigen Sitzung erklärt hatten, ihren Ablehnungsbefehl aufzuheben zu wollen.

Nunmehr wird in die Beratung des Punktes 1: Verabschiedung des Haushaltsplanes 1929 und Feststellung des Steuerbedarfs eingetreten.

Stadtv. Weiß (Zentr.): Angesichts des ganzen Verlaufes der Verhandlungen, wie wir ihn bisher erlebt haben, möchte ich den Antrag stellen, zunächst nicht in die Etatsberatungen einzutreten, sondern direkt über den Steuerbedarf zu verhandeln; dadurch erleichtern wir uns die ganze Haushaltsberatung.

Stadtv. Böing (H. M.): Aus den Ausführungen des Herrn Weiß ist wohl zu entnehmen, daß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie eine Einigung über die Verabschiedung des Etats zustandekomme ist. Ich wehre mich dagegen, daß der Etat in der vorgeschlagenen Weise abgelehnt wird. Wenn zunächst über den Steuerbedarf abgelehnt wird, gibt es für uns keine Möglichkeit, unsere Abstrichsanktionen zu begründen.

Stadtv. Koppenberg (B. A.): Ich muß es als recht sonderbar bezeichnen, daß gerade Herr Weiß ein Eingreifen in die Materie und eine Verhandlung vor der Öffentlichkeit verhindern will. Das ist nichts anderes als Wahlmanöver. (Zuruf Böing: Sehr richtig!) Gerade das Zentrum ist es gewesen, das mit den Sozialdemokraten und Kommunalen die Ausgabenwirtschaft in den vergangenen Jahren mitbestimmt hat. Nur beim Polizeiausbau hat es in letzter Minute sich eines Besseren besonnen. Selbst beim Freibad war Herr Krämer mit seinem Anhang für die Vorlage.

Die Gründe des Zentrums.

Stadtv. Weiß (Zentr.): Ich wollte einiges ausführen zu unsern Beschlüssen, den Etat anzunehmen. Durch die Ausführungen des Herrn Koppenberg werde ich gezwungen, das, was ich nachher sagen wollte, bereits jetzt zu sagen:

Wenn wir trotz schwerer Bedenken noch wiederholtenfalls Beratungen unter Hand dazu bieten, den Etat in der Fassung der Magistratsvorlage anzunehmen, mit einem Deduktionsvorschlag, den wir noch vortragen werden, so leisten uns dabei 3 Gesichtspunkte:

1. die Sorge um das Wohnungsbauprogramm 1929,
2. die Sorge um den Etat 1930,
3. die Sorge um das nach Arbeit schreiende Handwerk, wie überhaupt die Auswirkungen eines Zwangsetats auf den Mittelstand.

Zu 1) Das Wohnungsbauprogramm 1929 erfordert die Aufnahme von Anleihen, die solange nicht herbeizuführen sind, wie der Etat nicht verabschiedet und genehmigt ist. Die Nichtausführung dieses Programms würde aber für die Herner Wohnungswirtschaft einen nicht wieder gutzumachenden Rückschlag bedeuten.

Zu 2) Bei der Verabschiedung des Etats 1929 darf man den Etat 1930 nicht aus den Augen verlieren. Das, was in diesem Jahre an Ausfällen entsteht durch nicht rechtzeitige Etatsverabschiedung, belastet den Etat 1930. Ich erinnere daran, daß wir voriges Jahr die Grundvermögenssteuer am 25. 7. mit 225 % beschließen haben, daß wir aber zugleich beschließen haben, für April, Mai, Juni den erhöhten Satz nicht zu erheben. Das waren 23.000 M. Ausfall. Bei einem Zwangsetat, dessen endgültige Festlegung, wie der Fall Koblens zeigt, bis Oktober dauern

die Sitzung, während der außerordentliche Etat, das Bau-, Straßen- und Kanalprogramm und die Aufnahme der aus dem Jahre 1928 und dem neuen Programm erforderlichen Anleihe von 5,5 Millionen M. genehmigt wird. Daraus wird in Wirklichkeit 2,2 Millionen M. herangezogen. Während der Nationalsozialisten eine Begründungsrede für eine Entschließung hält, die er angenommen wissen will, leert sich das Haus fluchtartig, bis die Beschlüsse unfähigkeit angezweifelt und aus Mangel an Interesse für eine Nachlese nach der Hauptacht die Sitzung geschlossen wird.

Es war ein denkwürdiger Tag gestern. Das wirtschaftliche Chaos ist durch das Zentrum und das Entgegenkommen der Sozialdemokratie vermieden worden. Ob die Regierung die Steuerföge genehmigt, bleibt die meiste sehr bängliche Frage. (Die Rechte hat gestern Abend schon Einspruchstelegramme an die Regierung geschickt.) Auch besteht die Gefahr, daß Arbeitsplätze, wie im Vorjahre, den ganzen Etat wieder über den Haufen werfen. Möge der Stadtratsrat, der gestern so eben verabschiedet wurde, Anlaß zu angestrichelter Sparsamkeit in der Verwaltung und bei den Parteien werden. Unsere größte Sorge muß sein, möglichst bald von der halbherzigen Höhe unserer neuen Steuerföge wieder herunterzukommen.

kann, würde man nicht gut anders handeln können, und das könnte allein zu einem Ausfall von 130.000 M. führen. Bei der Lohnsummensteuer würde das einen Ausfall von 300.000 M. bedeuten. Wie man da im Jahre 1930 zu einer Deckung kommen sollte, ist uns nicht klar.

3. Diese Auswirkungen würden zum größten Teil der Mittelstand zu tragen haben. Wohnungsbauprogramm, Straßenbau und Kanalisation fämen zum Stilllegen, und vergebens würden Arbeitslose auf Entlohnung hoffen. Die Meinungen sind im Mittelstand geteilt. Der eine will eine Kraftprobe, der andere, besonnenere Teil sucht eine Lösung anderer Art. Die Stimmen dieses Teiles machen sich in den letzten Tagen recht gut bemerkbar. (Zuruf Böing: Nein, nein! Sehen Sie nicht an Größenwahn, Herr Böing. Sie vertreten nicht den ganzen Mittelstand, ebensov wenig wie ich sage, daß ich die ganze Arbeiterklasse vertritt.) Ich glaube, der Teil, der die letztere Lösung sucht, ist innerlich überzeugt davon, daß bei einer Kraftprobe nichts herauskommt. Die Situation ist sehr einfach: entweder Etatsablehnung und damit Ausfall an Steuern, die den Etat 1930 desto schwieriger machen, oder Etatsannahme bei zwar erhöhten Opfern, aber Ausführung des Wohnungsbauprogramms, teilweiser Ausführung des Straßenbau- und Kanalisationsprogramms.

Dazu kommt noch, daß bei einem Zwangsetat auch die Erhebung der Kanalgebühren und der Beiträge für Straßeneinigung jedenfalls eine andere würde, so daß auch dieser, und zwar der weitaus schwächere Teil des Mittelstandes beim Zwangsetat sehr schlecht wegkommen würde. Wir verteilen die Beiträge auf Anlieger und Allgemeinheit, das würde dann anders. Dann werden das Ihre Leute, Herr Böing, bezahlen müssen. Legten Sie das hat die Arbeiterklasse auch ein Interesse daran, daß der Etat genehmigt wird mit Rücksicht auf die große Zahl der Erwerbslosen, aber auch mit Rücksicht auf die Veranwortung, die sie trägt und der sie sich nicht entziehen kann, wenn sie ernst genommen werden und nicht wieder in die Rolle des summen Zuschauers der Parteikämpfe verfallen will.

Deshalb eben wir einer Genehmigung des Etats die Bahn. Wenn Herr Koppenberg meint, diese Art der Etatsverabschiedung wäre Angst vor der Öffentlichkeit und er möchte nicht in meiner Hand stehen, so antworte ich ihm zunächst: Sie, Herr Koppenberg, haben auch gar nicht in meine Hand. Voriges Jahr haben Sie eine solche Etatsverabschiedung ganz gern zugelassen. Im vorigen Jahr hatten wir mit den zwei Mann von Ihnen, die damals die Courage hatten, für den Etat zu stimmen, die große Koalition, aber es ist Angst vor Ihrer eigenen Courage gewesen, daß es Ihnen dieses Jahr in der großen Koalition nicht gefallt. Nicht derjenige trägt die größte Verantwortung, der mit dem größten Aufwand von Stimmenmaterial in den Saal hineinkommt, sondern derjenige, der auch den Mut hat, für unangenehme Beschlüsse vor der breiten Öffentlichkeit einzustehen. Das hier im Saal ist, ist lange nicht die Öffentlichkeit. Wir scheuen nicht den Tag und die Stunde der Abrechnung, wir haben uns vorher mit unsern Wählern in Verbindung gesetzt. In der Finanzkommission, die doch die Fachkommission für die Vorberatung ist, hat man von den meisten Anträgen der B. A. nichts gehört. Das ist's gerade, weshalb wir die Etatsberatungen im einzelnen ablehnen, weil wir nicht mehr willens sind, die kleinliche und unfürsorgliche Beratung, wie sie die vorige Sitzung zeigte, mitzumachen, sondern wir wollen eine großzügigere Verabschiedung wollen. Wir sind zu der Heberzeugung gekommen, daß wir dem grauenhaften Spiel ein Ende machen müssen. Wenn unsere Vorläge eine Mehrheit finden, dann bin ich der Heberzeugung, daß Sie der folgende Teil im Saal sind, ob Sie es in drei Monaten noch sind, wage ich zu bezweifeln. In drei Monaten wird die Herner Bevölkerung denjenigen danken, die den Mut hatten, hier die Verantwortung zu übernehmen.

Stadtv. Kuhn (Rom.): Ich stelle fest, daß Herr Weiß sich in einer Woche sehr viel Mut verschafft hat. (Zuruf Weiß: Das war die Courage, daß wir es durch unsere Enthaltung zum Klappen kommen ließen!). Fünf Minuten vor Beginn der heutigen Sitzung haben sich Zentrum und Sozialdemokratie auf 300, 700 und 3550 Prozent geeinigt. (Zuruf aus dem Zentrum: „Woher wissen Sie das?“ „Nein, 10 Minuten!“ Gelächter.) Wir verlangen, daß zunächst die Einzelabteilungen durchberaten werden.

Stadtv. Koppenberg (B. A.): Ich buche den Umhang des Zentrums auf das Konto der letzten Sitzung und meiner Philistia gegen Herr Weiß.

Ich habe im vorigen Jahr noch meiner heftigen Benachteiligung gegen den Etat für die Verabschiedung gestimmt, weil es beschlossen war. Es ist falsch zu sagen, bei Nichtverabschiedung des Etats sei der Karren festgefahren. Die alten Steuerbeschlüsse gelten doch weiter. In seiner Hortschauler Rede hat Herr Weiß erklärt: Wir machen den Etat nicht ohne die Rechte, jetzt macht er ihn mit der Vinten. Ich freue mich, daß wir Sie gezwungen haben, Farbe zu bekennen. (Auf die übrigen Ausfälle des Redners brauchen wir nicht einzugehen. D. Ber.)

Stadtv. Böing (H. M.): Wenn ich vorher zu Wort gekommen wäre, wären die leidenschaftlichen Ausführungen des Herrn Koppenberg überflüssig geworden. Herr Weiß sagt: Wir müssen heute den Etat verabschieden, da wir uns sonst dem Staatskommissar unterwerfen müssen. Das stimmt nicht. Wir können den Etat auch bei eingehender Spezialdebatte in diesem Monat verabschieden. Auswirkung hätte eine Verchiebung der Genehmigung nur auf die Lohnsummensteuer. Die Industrie braucht für den Monat April nur 2400 % zu zahlen. Selbst bei einer Spezialberatung wird der Etat angenommen werden können mit einer Mehrheit, mag sie kommen, woher sie will. (Zuruf Dr. Hoffmann: Tut doch mit! Hannemann, geh du voran! Gelächter.) Da eine Deduktionsmehrheit zustandekomme ist, steht einer Spezialberatung doch nichts im Wege. Wenn Herr Weiß so groß redet, die Spezialdebatte gehöre in die Finanzkommission, so dürfte er doch wissen, daß die Parteien, die in der Finanzkommission nicht durchkommen können, ihre Zustimmung zum Pleum nehmen. Daß Herr Weiß überhaupt von manchen Dingen nichts versteht, beweisen seine Ausführungen über die Kanalabgabengebühren.

Stadtv. Dr. Hoffmann (Zentr.) beantragt Schluß der Rednerliste über den Antrag Weiß. Für den Antrag sind Zentrum, Sozialdemokratie, der Pole und die B. A. (Zuruf Böing: Weinmarer Koalition!)

Stadtv. Weiß (Zentr.), der letzte vorgemerkte Redner: Ich möchte feststellen, daß die Herren Koppenberg und Böing sich in dem Ton und den persönlichen Angriffen in nichts unterscheiden haben von dem sonst bei ihnen so verhassten Herrn Kuhn. Ich habe in den 15 Jahren, die ich dem Kollegium angehöre, noch nicht erlebt, daß einer dem andern persönliche Dummheit vorgeworfen hat, das blieb Ihnen, Herr Böing, vorbehalten. Bei Ihnen bedarf es noch einer ganzen Portion Erziehungsarbeit. Wenn Herr Koppenberg mir antwortet, das Wohnungsbauprogramm könne mit den 50.000 M. Zuschuß des Saal- und Elektrizitätsrates und den 10.000 M. der Sparkasse auf ein einen Zwangsetat durchgeführt werden, so ist er unaufrichtig, denn er weiß genau, daß dann die 50.000 Mark zur Deckung des Fehlbetrages herangezogen würden. Es ist bisher nicht Eitel gewesen, daß eine Fiktion der andern vorgeworfen hat, was sie getan und was sie nicht getan habe, das blieb Ihnen, Herr Koppenberg, vorbehalten. Wenn wir nicht immer so gehandelt haben, wie Sie wollten, so erinnere ich Sie daran, daß Sie, Herr Koppenberg, in der ersten Sitzung der argste Verleumdung des Anlaufes des Tribundischen Hofes waren und erst in der zweiten Sitzung umgefallen sind. Bei der Redenankunft hat nur einer vom Zentrum dafür gestimmt, und auch ohne diesen war eine Mehrheit da. Wenn behauptet wird, bei einer Spezialdebatte könnten die Wünsche der Fraktionen berücksichtigt werden, so wermisse ich Sie auf den Verlauf der letzten Sitzung. Deshalb haben wir ja gerade die Sitzung abgebrochen. Wenn 20 Stimmen für einen Abstrich sind, und 26 dagegen, dann können Sie acht Tage lang beraten, ohne zu einem Ziel zu kommen. Wir sind glücklicherweise heute ein großes Stück weitergekommen, und die Herner Bevölkerung darf sich freuen, daß ihr von diesem Parlament, in der Weise, wie es zusammengekehrt ist, diese Steuerbeschlüsse vorgelegt werden.

Damit ist die Aussprache beendet. Es erfolgt die Abstimmung über den Antrag Weiß auf Verabschiedung der Beratung der Steuerföge. Dafür erklären sich: das Zentrum, die Sozialdemokratie, der Pole und der B. A.

Zu der Beratung über die Steuerföge liegt ein Antrag vor, unterzeichnet von Weiß, Hilge, Dr. Lohenstein, Willenberg und Schiffe, die Steuern wie folgt festzusetzen:

- 300 % Zuschlag zur Grundvermögenssteuer,
- 700 % Zuschlag zur Gewerbesteuer nach dem Ertrage,
- 3550 % Zuschlag zur Gewerbesteuer nach der Lohnsumme.

Stadtv. Böing (H. M.): Für die Herner Mittelstandsvereinsleitung machen wir folgenden Vorschlag: Der Fehlbetrag nach den Beschlüssen des Magistrats betrug 5.066.900 M. Dieser erhöht sich bei Ausfall der Heberweilungssteuer und Biersteuer auf 5.257.400 M. Beim Haushaltsplan haben wir zu streichen beantragt: 609.698 M. Für den nach Einlegung von nur 200.000 M. Fehlbetrag des vergangenen Jahres verbleibenden Fehlbetrag schlagen wir folgende Steuerföge vor: 300 % Grundvermögenssteuer, 650 % Gewerbesteuer und 3300 % Lohnsummensteuer. Wenn unsere Abstriche nicht genehmigt werden, werden wir bei der Beschlußfassung gegen den Etat stimmen.

Sind die neuen Steuerföge gerecht?

Stadtv. Koppenberg (B. A.): Da hier zunächst über die Deduktionsbeschlüsse abgelehnt werden soll, ohne daß der Etat als solcher in seinen einzelnen Positionen feststeht, und nur die Etatsvorlage des Magistrats vorliegt (da es in der Finanzkommission zu seiner Einigung kam, weil meine Hauptvorschläge für Abstriche abgelehnt wurden) kann ich mich nur darauf beschränken, die vorgeschlagenen Steuerföge auf ihre Gerechtigkeit hin zu untersuchen, ohne eigene Vorschläge zu machen. In Bochum, Oberhausen, Duisburg und Duisburg ist der Fehlbetrag zu je einem Drittel auf die drei Steuerarten verteilt worden. In Herner hat man die Grundvermögenssteuer stets zu unecht gehandelt. Der Fehlbetrag muß zu je 1/3 Millionen auf die drei Steuerarten verteilt werden. Wir dachten, wenn unsere Abstriche angenommen würden, den Etat zu balancieren mit 350, 750 und

3000 Prozent. Dann würde die Lohnsumme noch ungefähr das Doppelte ausreichen von der Grundvermögenssteuer, nämlich 2,1 gegenüber 1,28 Millionen Mark. Das wir uns gegen die hier vorgeschlagene ungerechte Verteilung mit allen Mitteln wehren werden, ist uns selbstverständlich. Auch die Aufschübsfrist wird die neuen Sätze nicht genehmigen. Die Kohlenindustrie wirtschaftet sowieso bereits ertragslos.

Stadt. Weich (Zentr.): Die Ausführungen der beiden Vorredner klären deutlich, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Herr Böing wird die Biersteuer wieder in die Debatte. Darüber läßt sich vielleicht streiten, aber die Gastwirte werden schon heilfrohen sein, daß die Reichsbiersteuer nicht kommt. Auch wir sind uns darüber einig, daß eine Lohnsummensteuer von 3550 Prozent auf die Dauer nicht bleiben kann. Auch die Verwaltung ist mit uns darin einig. Wir wollen doch nicht die Industrie von Herne wegjagen, aber für die Zeit der drei Notjahre, in denen wir das Defizit von 1928 mitschleppen, muß auch die Großindustrie Opfer bringen. Wir können die Verhältnisse in den Industriestädten nicht mit einander vergleichen, weil sie überall verschieden sind.

Stadt. Dr. Löbenstein (Soz.): Ich habe kaum eine höhere Steuerdebatte erlebt als im Augenblick. Herr Böing und Herr Koppenberg beschimpfen die Verwaltung ob ihrer Ausgabenwirtschaft. Herr Böing opponiert anfangs sofort gegen die Biersteuer, dabei wissen die beiden Herren ganz genau, daß die Finanzmiserie, in der wir uns befinden, die Folge der reichsgerichtlichen Steuerreform ist. Wer hat die Biersteuer 1925 beschaffen? Die Deutschnationalen mit der Wirtschaftspartei. Wer hat den Finanzausgleich beschaffen? Die Deutschnationalen mit der Wirtschaftspartei. Gegen die Sozialdemokraten haben Sie (zur Rechten) die Biersteuer zum Geleide werden lassen. Nun haben Sie den Mut, zu sagen, Sie sei die ungerechteste Steuer der Welt. Dann sind Sie selber die Ungerechtesten. Anders habe ich Sie auch nicht beurteilt. 76 Prozent des Steueraufkommens kommt aus den Kreisen der Armen. Sie sind immer noch die Kostgänger des Reiches gewesen. (Zuruf Böing: Ihnen geht es aber noch ganz wohl dabei. Löbenstein: Ja wohl, besser als Ihnen in Ihrer Haut, ich bin wenigstens frei.) Mit der Industrie steht es noch nicht so schlecht. Als bei einem hiesigen Werk ein Direktor ging, warf man ihm noch 100.000 M. nach. Herr Böing bekommt nach einem in Dortmund festgesetzten Schiedsspruch von jedem Rubikmeter Gas und jeder Atomkraftstunde Strom, die die Gase von ihrer Muttergesellschaft Mont-Cenis bezieht, eine bestimmte Summe, die sich auf 150.000 M. im Jahr beläuft. Herr Koppenberg will ja den Kampf bis aufs Messer. Wo haben Ihre Leute ein einziges Mal die Steuerbefreiung nicht angefordert? Ehemals stand Herr Stahl mit Herrn Koppenberg im Wahlkampf. Da wollte Herr Koppenberg die Belange der Bürgerlichen gegen die Großindustrie vertreten und heute? ... Das nennt ich Chamaeleon. 1913 war Herr Koppenberg von den Bürgerlichen beauftragt, das Verordnungsamt durchzubrühen. Später hat er sich für den Kampf dagegen geföhrt. Bei 25 Prozent Grundsteuern machten 300 Prozent Grundvermögenssteuer 2 Mark aus, das ist bei einem Durchschnittseinkommen von 160 Mark für den Arbeiter eine Belastung an Kommunalsteuer von 1,3 Prozent. Bei der Gewerbesteuertragsteuer sehen die Dinge aber folgendermaßen aus: Wir haben in Herne 20.000 Arbeiter und Anstellte, für die Lohnsummensteuer bezahlt wird, dazu gehören auch die hohen Gehälter. Rechnet man, daß ein Durchschnittseinkommen von 2400 Mark verzehrt wird, so macht das 48 Millionen Mark aus. Die 2800 Gewerbetreibenden geben bei durchschnittlich 3300 M. Jahresverehr 10 Millionen M. aus. Die 1596 Beamten, unter denen sich natürlich auch die höchsten Gehälter befinden, geben bei durchschnittlich 4000 M. Jahresverehr 6,4 Millionen M. aus. 5000 Pensionäre, Witwen usw. bei 1200 M. Jahresverehr 6 Millionen. Das sind zusammen 70 Millionen Mark, die jährlich dem Herneer gewerblichen Mittelstand zufließen. Davon 700 % Gewerbesteuer macht 1 % Steuerlast. Nicht dienlichen haben dem Herneer Mittelstand geholfen, die sich als dessen Vertreter aufstellen, sondern wir, die wir für 18 1/2 Millionen M. Neuanlagen geschaffen haben. Durch diese Arbeiten fließen dem Herneer Handwerk und den Gewerbetreibenden an Lohn, Untertunzulag zum Lohn und Materialen 12.950 Millionen zu. Daran sind mindestens 8.000.000 M. rein verdient worden. Wir waren es, die dem Herneer Mittelstand Brot gaben. Was Sie für ihn tun wollten, war der Bau eines Schlachthofes und eines Hallenbades für rund 6 Millionen Mark, von denen Sie wissen, daß ihr Bau uns schwere Sorgen gemacht haben würde. Wir hätten dann aber dieselben Ausgaben gehabt. Es hat sich also nur um eine andere Befugung gehandelt.

Stadt. Kuhn (Kom.): Die kommunistische Fraktion kann dem Deckungsvorschlag nicht zustimmen, weil man ihn vor der Staatsberatung durchzuführen will und eine Erhöhung der Grundvermögenssteuer, dagegen eine Herabsetzung der ursprünglich vorgesehene Lohnsummensteuer vorzieht. Gegen die hohe Grundvermögenssteuer wehrt sich auch ein erneuter Protest der Mietervereine, der uns heute zuzug. Für die

Die Bauvorhaben des Jahres 1929-30.

Ausbau von Straßen.

Ausbau der Güterbahn und Südstraße. Gesamtkosten 27.000 M. (bereits bewilligt 8.500 M.). Ausbau der Bahnhofstraße vom Steinweg bis Altenhöfener Straße. Gesamtkosten 33.000 M. (bereits bewilligt 33.000 M.).

Ausbau der Wäckerstraße von Kronenstraße bis Gemeindegrenze. Gesamtkosten 71.000 M. (bereits bewilligt 43.000 M.).

Ausbau der Wäckerstraße von Steinweg bis Kronenstraße. Gesamtkosten 50.000 M.

Anlegung eines Ortsfahrdammes vor den Wohnhausbauten der Baugenossenschaft „Selbsthilfe“ an der Bochumer Straße. Gesamtkosten 39.000 M. (bereits bewilligt 39.000 M.).

Ausbau der verlängerten Vindelstraße. Gesamtkosten 101.789 M. (bereits bewilligt 101.789 M.).

Pflasterung der Ludwigstraße. Gesamtkosten 100.000 M.

Ausbau der Straße „Auf dem Rohde“. Gesamtkosten 50.000 M.

Beseitigung des alten Zugangsweges zum Nordfriedhof mit Wäcker. Gesamtkosten 5000 M.

Anlage einer Wasserleitung an der Wiesenstraße. Gesamtkosten 3000 M.

Anlage eines Autoparkplatzes an der Ecke Behrens- u. Freiligrathstraße. Gesamtkosten 3000 M.

Einbau von Feuerlöschhydranten in verschiedenen Straßen. Gesamtkosten 15.000 M.

Neudeckung der Straßen „An der Linde“ und Baueraeder. Gesamtkosten 30.000 M.

Kanalbauten.

Berkelstraße, An der Linde, Wellmstraße, Schadeburgstraße und Dorfstraße. Gesamtkosten 82.000 M. (bereits bewilligt 82.000 M.).

Kanal Röntgenstraße. Gesamtkosten 21.000 M. (bereits bewilligt 21.000 M.).

Kanal Karstraße. Gesamtkosten 23.000 M. (bereits bewilligt 23.000 M.).

Kanal Mont-Cenis-Straße. Gesamtkosten 15.500 M. (bereits bewilligt 15.500 M.).

Kanal Bochumer Straße. Gesamtkosten 10.000 M. (bereits bewilligt 10.000 M.).

Kanal Rell der Bladenhorster Straße (Bruchstr.). Gesamtkosten 9000 M. (bereits bewilligt 9000 M.).

Kanal Bladenhorster Straße. Gesamtkosten 55.000 M.

Gewerbebeitragssteuer verlangen wir Stafflung nach dem Einkommen. Auch wir sind gegen die Biersteuer.

Stadt. Koppenberg (B. A.): Ich ergreife nur noch einmal das Wort (Zuruf: Brau!). um der Demagogie des Herrn Löbenstein entgegenzutreten. Er muß wissen, daß wir die Verhältnisse nicht mit den letzten verglichen können. Ich bin damals gegen die ungerechte Behandlung des Haus- und Grundbesitzes durch die Großindustrie, die allein das Heft in der Hand hatte, eingetreten. Ich würde das auch heute tun. Wenn einzelne durch die Neubauten verdient haben, so hat doch die Allgemeinheit kein Interesse daran, für die Mehrkosten aufzukommen. Wir haben die Ausgabenwirtschaft bekämpft. Ich gebe zu, mit einem Ton, der etwas sehr weit ging, aber wir mußten schon deutlich werden.

Stadt. Böing (H. M.): Sie haben zu der fruchtlosen Debatte zwei Stunden gebraucht. Hätten Sie mit der Spezialdebatte angefangen, wären wir vielleicht schon bei Abstellung 5 oder 6, denn in Ihrer Hand lag es ja, unsere Änderungsanträge möglichst schnell abzulehnen. Ich beantrage, über die Deckungsvorschläge namentlich und über die Biersteuer zu stimmen.

Bei der Abstimmung treten für Abschaffung der Biersteuer nur die H. M. und die B. A. und der Nationalsozialist ein. Sie ist damit abgelehnt.

Für den Deckungsvorschlag

von 300, 700 und 3550 Prozent entscheiden sich bei namentlicher Abstimmung das Zentrum, die Sozialdemokraten, der Pole und die beiden Mitglieder der B. D. Das Ergebnis ist 25 Stimmen Ja gegen 23 Stimmen Nein.

Stadt. Koppenberg (B. A.): Das vorliegende Mehrheitsverhältnis zeigt uns, daß es jetzt keinen Zweck mehr hat, in die Einzelberatung einzutreten. Wir werden daher die Stadtverordnetenversammlung jetzt verlassen, weil wir kein Interesse mehr an der Weiterberatung haben.

Stadt. Weich (Zentr.): Herr Koppenberg hat meinen entsprechenden Antrag vorweggenommen. Lehten Endes ist die Auffassung eines Staats kein Handelsobjekt. Wenn Sie sich um einen Staat anheben, müssen Sie zugeben, daß große Streichungen nicht mehr möglich sind. Der Finanzdezernent hat von sich aus eine halbe Million getriden. Auf Antrag des Zentrums sind weitere 100.000 M. getriden worden. Wenn jetzt nach den Anträgen der Rechten noch 690.000 M. getriden werden sollen, so wären dies 1,2 Millionen M. Abstriche. Wenn das möglich wäre,

Kanal Bruchstraße. Gesamtkosten 105.000 M.

Bodenabtrag Galtroper Straße von Schütz bis zur Hofstraße. Gesamtkosten 9000 M.

Umlegung des Kanals Landwehrweg. Gesamtkosten 70.000 M.

Umlegung des Kanals in der Schloßstraße. Gesamtkosten 40.000 M.

Umlegung des Kanals in der Ritterstraße. Gesamtkosten 10.000 M.

Umlegung des Kanals Mont-Cenis-Straße zwischen Döblich und Stamm. Gesamtkosten 60.000 M.

Verbesserungen an den Volkshäusern.

Umänderung der Abortanlagen, Einbau von Lichtanlagen und Verbesserungen der Heizungen. Gesamtkosten 161.000 M.

Beschaffung von Inventar (Schulbänke pp.). Gesamtkosten 30.000 M.

Erweiterung des Friedhofes in Herne-Holthausen. 1. Baurate 21.000 M.

Anlage eines Kinderspielfeldes auf dem La. R. P. Platz. Gesamtkosten 1000 M.

Bodenstraße für den Giesenberg. Gesamtkosten 3000 M.

Grundstückskauf Anlagen. Ede Schaefer, Stamm- und Wilhelmstraße. Gesamtkosten 18.675 M. (bereits bewilligt 18.675 M.).

Umbau von Straßenlaternen. Gesamtkosten 8000 M.

Verbesserungen im Kinderheim Siapelage. Gesamtkosten 5000 M.

Mannschaftswagen für die Feuerwehr. Gesamtkosten 8000 M.

Bei einer Anzahl von Vorhaben, die hier nicht aufgeführt sind, handelt es sich um solche, die bereits beschlossen sind. Bei den Kanalbauten haben wir noch mit Zuschüssen und Notstandsdarlehen zu rechnen. Insgesamt sieht der Ausgabenbedarf folgendermaßen aus: Gesamtkosten 1.811.869 M., davon bereits bewilligt 923.369 M., noch zu bewilligen 888.500 M., Zuschüsse 99.813 M., Notstandsdarlehen 291.586 M., Erhöhung des Anleihebedarfs um 1.420.470 M., Erhöhung des Schuldenstandes um 1.399.551 M. Diese Vorhaben sind getrennlich auszuführen beschlossen worden, ebenso ist die Anleihe dazu grundsätzlich gebilligt worden, das Zentrum hat sich aber vorbehalten, in der Deputation nochmals auf einige Projekte, die es für nicht besonders dringlich hält, zurückzukommen.

wäre der Finanzdezernent, der einen solchen Etat aufgestellt hat, der unverantwortliche Mensch auf Gottes Erbden, deshalb sind wir der Meinung, daß sich eine Spezialdebatte erübrigt. Herr Koppenberg hat recht: Wir wollen nicht, anderes als diesen Etat! Wir beantragen, daß alle Streichungen- und Zulageanträge dem Magistrat zur wohlwollenden Prüfung überwiesen werden.

Nachdem sich Stadt. Kuhn (Kom.) gegen diese „Begrabung“ gewandt hat, wird der Antrag Weich mit denselben Stimmen wie der Deckungsvorschlag angenommen.

Die Vertreter der H. M. und B. A. verlassen hierauf den Saal.

Es wird nunmehr zum

außerordentlichen Etat

gefruchtet.

Stadt. Löbenstein (Soz.) beantragt, ihn ohne weiteres anzunehmen, da ihm nur noch formale Bedeutung zukomme. Der außerordentliche Etat wird darauf mit den Stimmen der Kommunisten angenommen.

Es folgt Punkt 2 der Tagesordnung:

Beschlußfassung über außerordentliche Ausgaben, die aus Anleihen bestritten werden sollen.

Ueber diese Ausgaben wird an anderer Stelle berichtet. Es sind hauptsächlich die Arbeiten, die in diesem Jahre noch erledigt werden sollen.

Stadt. Weich (Zentr.): Wir wollen diesen Arbeiten grundsätzlich unsere Zustimmung geben. Wir behalten uns aber vor, zumal Gelder im Augenblick nicht verfügbar sind, in der Deputation auf einzelne Punkte des Bauprogramms noch zurückzukommen, da wir glauben, daß einige Arbeiten noch nicht so dringend sind. Das Bauprogramm wird mit den Stimmen der Kommunisten angenommen.

Punkt 3: Aufnahme einer Anleihe.

Bürgermeister Meyerhoff: Dazu ist Ihnen eine Aufstellung zugegangen, die nachweist, in welcher Höhe wir noch Anleihebedarf haben. Es sind insgesamt 5,5 Millionen M. 2,2 Millionen davon sind bereits aufgenommen. Es bleibt grundsätzlich also noch die Anleiheaufnahme von 3,3 Millionen M. übrig. Der endgültige Aufnahmebeizuch wird Ihnen nochmals vorgelegt werden. Es sind, da 1,2 Millionen Markstands- um. Kredite bereitkommen, im ganzen von den 5,5 Millionen, wie sie der außerordentliche Etat aufweist, 2,2 Millionen M. herzunehmen.

Die Aufnahme der Anleihe wird daraufhin mit den Stimmen der Kommunisten beschlossen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Es stehen noch einige Anfragen und Dringlichkeitsanträge zur Erledigung. Eine kommunistische Anfrage bezüglich der Schadeburgstraße in Solingen wird von Baurat Knoll beantwortet. Eine von den Kommunisten vorgelegte Entschließung bezüglich des Finanzausgleichs und anderer reichsgerichtlicher Steuerfragen findet nur die Unterstützung der Antragsteller und des Nationalsozialisten. Eine Entschließung gegen die Reparationsbeiträge, die von dem Nationalsozialisten und der Herneer Mittelstandsvereinigung eingebracht ist, wird von dem Stadt. Meister in längerer Rede begründet. Während seiner Ausführungen lichtet sich das Kollegium. Zunächst verschwinden die Sozialdemokraten und der Demokrat, dann der Pole, darauf, weil das Haus beschlußfähig geworden ist, ein Teil des Zentrums. Als der Redner geendet hat, bezweifelt Stadt. Dr. Höltschen die Beschlußfähigkeit des Hauses. Es sind nur noch 18 Stadterordnete anwesend. Der Vorsteher schließt deshalb die Sitzung. Es ist 7 Uhr.

Fußball

Resultate aus dem Reiche.

Süddeutschland.

Runde der Meister.

Eintracht Frankfurt — VfL Neckarau 2:4
Karlsruher FV — Borussia Worms 1:1
Germania Bräuningen — 1. FC Nürnberg 0:2

Tröstende Südost.

1. FC Nürnberg — SpVg Fürth 1:6
Schwaben Augsburg — VfL Stuttgart 1:4
Nördlingen — VfL Stuttgart 1:3
München 1860 — Freiburger FC 6:4

Tröstende Nordwest.

VfR Mannheim — VfL Frankfurt 2:3
VfL Mainz 05 — VfL Wacker 6:6
VfL Neu-Ulm — FC Jona 0:2
Saarbrücken — Union Niederrad 0:1

Mitteldeutschland.

Dritte Runde um die Meisterschaft des DFB.
Dresdener SC — BFC Preussen 4:0
Chemnitzer SC — VfL Bismarck 6:3
SC. Apolda — Sportfreunde Leipzig 2:4
Wacker Halle — VfL Coburg 1:4
VfL Leipzig — Fortuna 2:4
Arminia Leipzig — Olympia-Germania 0:2
Viktoria — SpVg Leipzig 0:2
TuS. Leipzig — VfL. Riesa 6:0

Hertha BSC. besiegt Tennis Borussia 1:0 (1:0)

Im ersten Endspielumspiel um die brandenburgische Meisterschaft standen sich im Pokalfinale die alten Endspielgegner und ewigen Rivalen Hertha BSC. und Tennis Borussia gegenüber. Der Kampf war eine große Enttäuschung. Es war ein wahres Volksfest, mit allen möglichen Instrumenten waren die beiderseitigen Anhänger ausgerüstet und schlugen einen erbärmlichen Lärm während des ganzen Spieles. Die Leistungen waren, wie schon gesagt, den von Meisterschaften nicht würdig. Hertha BSC. hatte leider das Pech, in der 25. Minute ihren Stürmführer Grenz durch Verletzung zu verlieren, wodurch die Mannschaft natürlich fast geschwächt wurde. Aber trotzdem konnten die Herthalen das Spiel offen halten und sogar bis zur Pause in Führung gehen. Auf eine Vorlage Kirlens erzielte der internationale Halbrechte Sobel den einzigen Treffer des Tages.

Um die Ballen-Meisterschaft.

Am 6. Spiel der 1. Runde standen sich in Stettin Titania Stettin u. SV. Remel gegenüber. Die Titanen erlitten einen 3:2-Sieg. Bei der Pause 1:1. Somit hat sich Titania die Berechtigung erworben, neben VfL Königsberg und VfL Remel an der Endrunde um die Ballenmeisterschaft teilzunehmen.

Borussia muß gegen den Mülheimer SV. spielen.

Am kommenden Sonntag in M. Gladbach.

Ungeachtet des Protestes, den M. Gladbach gegen den Entschluß einer Spielwiederholung gegen Mülheimer SV. eingelegt hat, bestimmt der Verbandsschiedsrichter, daß Borussia M. Gladbach am kommenden Sonntag gegen den Mülheimer SV. zur endgültigen Ermittlung eines Rheinbezirksvertreeters, antreten hat.



Gegen vorzeitigen Haarausfall
u. das Brüdigwerden des Haars gebrauchen Sie Javal das Kräuterhaarwasser. — Javal schafft gesundes, volles und seidiges Haar.

JAVOL
Javal mit und ohne Fett RM 2.20 —, 5. —, Javal-Gel RM 1. —, 2.40, 4.75, Javal-Gel-Kopfwaschpulver 0.20 u. 0.50, Javal-Flacon zur Trocknungsfähigkeit u. Haarentfernung RM 0.25, in Fachgeschäften erhältlich. Exterkulur A-G

Lastfahrten
bis zu 20 Stk. führt preiswert aus
Autofur 512 28

Heimarbeit
schreibt V. Haag-Verl. München 10

Technikum Lemgo i. L.
Maschinenbau, Elektrotechnik, Tiefbau, Hochbau, Eisenbau

Billige Lebenssmittel!

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag — Sonntags Vorrat.

Auszugmehl 5-Pfund-Beutel 1.00	Tafelbutter Pfund 1.80	Gauweinheimer vom Faß Liter 1.10
Margarine Pfund 0.47		St. Martiner vom Faß Liter 0.98
Gelbe Erbsen Pfund 0.22	Schweineschmalz Pfund 0.76	Althoffs Alten Ltr. o. Fl. 2.50
Linsen Pfund 0.32	Palmbutter Pfund-Tafel 0.54	Doppelkorn Ltr. o. Fl. 2.10
Vollreis Pfund 0.19	Salatöl Liter 0.74	Tarragona vom Faß Liter 1.90
Hartgrieß Pfund 0.25	Holländer 20% Pfund 0.76	Malaga vom Faß Liter 1.30
Haferflocken Pfund 0.25	Edamer Käse Pfund 0.78	
Makkaroni Pfund 0.50	Isiirer Käse Pfund 1.20	Vollmilchschokolade 100-gr.-Tafel 0.25
Pflaumen Pfund 0.32	Brie-Käse 2 Stück 0.55	Schmelzschokolade 4 Tafeln 0.95
Mischobst Pfund 0.50	Bierwürst Pfund 1.55	Kokosflocken Pfund 0.60
Feigen Pfund 0.32	Kochmettwurst Pfund 0.80	Krempralinen Pfund 0.65
Sultaniinen Pfund 0.38	Leberwürst Pfund 0.60	Geleefrüchte Pfund 1.00
	Würstchen 3-Stück-Dose 0.50	Himbeeren Pfund 0.48
	Ochsenmaulsalat Pfund-Dose 0.50	
Blutapfelsinen 12 Stück 0.55		Kakao Pfund 0.65
Zitronen 8 Stück 0.50		Waffeln gefällt Pfund 0.95

ALTHOFF

Recklinghausen

